

Haushartsrede

Einbringung des Haushaltes 2026 (es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Ratsfrauen, liebe Ratsherren,
sehr geehrte Frau Stratmann von der WN,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ich darf Sie an dieser Stelle noch einmal Recht herzlich begrüßen.

Ich beginne direkt mit der bitteren Nachricht und zugleich der Wichtigsten und leider schlechtesten Zahl heute Abend:

Die Haushaltsplanungen für 2026 sehen ein Minus im Ergebnishaushalt von ca. 3.175 Mio. € vor.

Die Schlüsselzuweisung des Landes werden um ca. 960.000 € geringer ausfallen. Ein Wert, der uns hart treffen wird!

Unsere mühsam angesparte Ausgleichsrücklage ist damit zum Ende 2026 aufgebraucht!

Genauer:

Im Ergebnishaushalt wird der Gesamtbetrag der Erträge auf 18.846.251 € festgesetzt.

Dem gegenüber stehen Aufwendungen in Höhe von 22.223.212 €. Des Weiteren ist erstmalig ein globaler Minderaufwand von 200.000 € veranschlagt, so dass somit ein Fehlbetrag in Höhe von 3.176.961 € im Ergebnishaushalt verbleibt.

Ich kann hier eigentlich die Rede zur Einbringung des Haushaltes 2025 wiederholen, mit der harschen Kritik an LWL und Kreis Steinfurt und deren Ausgabepolitik, aber die Probleme (Standards) sind uns allen ja bekannt.

Wahrscheinlich wird der LWL auf seine Erhöhung für 2026 verzichten. Diese Einsparung plant der Kreis in Gänze an uns weiterzugeben. Die Kreisumlage könnte daher ggfs. bei 33,5 % verbleiben. Noch aber wird mit 34,2 % Kreisumlage gerechnet.

Zudem erhöht sich unsere Umlagegrundlage aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG).

Daher müssen wir eine höhere Zahlung an den Kreis richten; auch wenn sich die Kreisumlage bei 33,5 % halten würde.

Somit hier einfach nur die Erhöhung der voraussichtlich zu zahlenden Beträge der Kreis- bzw. der Jugendamtsumlage.

Die Kreisumlage steigt um weitere 200.000 € auf nunmehr 3.969.304,45 €.

Und auch die Jugendamtsumlage steigt; wenn auch „nur“ um ca. 50.000 €, auf nunmehr 3.134.516,77 €.

Insgesamt überweisen wir also an den Kreis Steinfurt 7,1 Mio. €.

Bei einem Haushalt von ca. 22 Mio.

Wie sollen wir das auf Dauer leisten?

Ein weiterer großer Ausgabepunkt sind die Personalkosten. Ein Dauerbrenner in den Haushaltsberatungen. Hier steigen die avisierten Kosten von 4,138 auf 4,43 Mio. €; um ungefähr 7 %.

Zu den neu geplanten Stellen werde ich zu und in den Haushaltsberatungen berichten.

Zum Thema Personal möchte ich hier ausführen, dass unsere Verwaltung ein sehr hohes Ansehen bei den Bürgerinnen und Bürgern Ladbergens genießt.

Wir sind sehr nah „am Volk“ und setzen viele Wünsche sehr zeitnah und ohne große Bürokratie um.

Das erzählen mir auch immer wieder „Neubürger“, die es gar nicht fassen können, wie reibungslos eine Verwaltung funktionieren kann!

Das alles schaffen wir mit sehr wenigem Personal-Aufwuchs.

Dieses ergibt sich auch aus dem Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen (gpaNRW), welcher im 1. Quartal 2026 der Politik vorgestellt wird.

Um diese sehr gute Leistung zu erhalten, brauchen wir Personal!

Gutes Personal, motiviertes Personal!

Denn meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das Fundament dieser Verwaltung!

Sie sind Tag für Tag im Einsatz, oft über der Belastungsgrenze, um sicherzustellen, dass unsere Gemeinde funktioniert.

Und trotzdem geraten wir an den Punkt, an dem wir offene Stellen nicht mehr mit „gelernten“ Verwaltungskräften besetzen können, weil uns Mittel und Bewerber fehlen. Der Fachkräftemangel, der Kostendruck und wachsende Anforderungen führen zu einer gefährlichen Schieflage.

Ich möchte es deutlich sagen:

Wer an dieser Stelle spart, spart am falschen Ende.

Ohne qualifiziertes und motiviertes Personal kann es keine funktionierende Kommune geben. Es ist widersprüchlich, wenn Land und Bund von schneller Digitalisierung, hohen Standards in Kitas und Schulen oder modernen Verwaltungsprozessen sprechen, gleichzeitig aber die Grundlage dafür finanziell aushöhlen. Wenn die Kommunen doppelt belastet werden, durch Vorgaben von oben und finanzielle Zwangsjacken, dann wird die Verfassung mit Füßen getreten.

Der Haushalt 2026 ist Ausdruck unseres verantwortungsvollen Umgangs mit knappen Ressourcen.

Wir erfüllen unsere Pflichtaufgaben, sichern die Grundstrukturen, investieren in die Zukunft – und wir tun das mit dem Wissen, dass jeder Euro inzwischen zweimal umgedreht werden muss.

Aber: Unsere Gemeinde darf nicht zum Erfüllungsgehilfen werden, der fremde Entscheidungen ausbaden muss.

Wir brauchen endlich eine **ehrliche** Reform der Gemeindefinanzierung, die kommunale Selbstverwaltung nicht behindert, sondern respektiert.

Denn wir wollen vor Ort gestalten – nicht nur verwalten!

Dafür brauchen wir finanzielle Handlungsspielräume, Vertrauen in die kommunale Kompetenz und vor allem das klare Bekenntnis von Bund und Land:

Starke Gemeinden sind die Grundlage eines starken Staates.

Der Bund hat das erkannt und ein Sondervermögen von 500 Milliarden € aufgelegt.

Eine unfassbare Zahl eigentlich.

Diese relativiert sich aber, wenn dann die „aber's“ kommen.

Denn natürlich rufen alle „hier“ bei diesem Sondervermögen.

Letztlich verbleiben 100 Milliarden € für die Kommunen.

Für NRW ca. 21 Milliarden €.

Das Land soll diese eigentlich durchreichen, hat hier aber leider auch „klebrige“ Finger.

Es verbleiben 68 %; also 14,5 € Milliarden, auf 12 Jahre aufgeteilt.

Konkret bekommen wir pauschal ungefähr 3,7 Mio €.

Diese sogenannte Pauschalförderung ist bei näherer Betrachtung gar nicht mehr so pauschal, gibt es doch genaue Vorgaben für welche Bereiche die Mittel in welcher Anteilshöhe zu verwenden sind.

Auch das als unkompliziert und unbürokratisch angekündigte Antragsverfahren scheint bei genauerem Lesen des Gesetzestextes doch recht aufwändig und bindet somit personelle Ressourcen auf beiden Antragsseiten.

Durchaus lobenswert ist, dass die Mittel nicht wie ursprünglich geplant nur in jährlichen Tranchen zur Verfügung gestellt werden, sondern von Beginn an abrufbar sind.

Da ist also durchaus ein Bemühen des Bundes zu erkennen.

Es rettet uns aber nicht. Denn die eigentliche Ursache kommunaler Finanznot bleibt unberührt: das strukturelle Finanzierungsdefizit aus laufender Aufgabenwahrnehmung.

Uns rettet eine langfristige kontinuierliche finanzielle Ausstattung.

Die Verbundquote, also der Teil des Steueraufkommens, welche das Land an die Kommunen ausschüttet, muss dauerhaft deutlich erhöht werden.

Ich hoffe weiter darauf, es muss so kommen!

Dieser Haushalt ist aber trotzdem kein Zeichen von Resignation, sondern ein Appell. Er ist ein Signal nach oben, dass es so nicht weitergehen kann.

Es ist wahr, noch klagen wir auf hohem Niveau. Und noch leisten wir uns einiges.

Rat und Verwaltung geben an vielen kleinen Stellen viele kleine Summen aus, um das Leben aller hier in Ladbergen schöner zu machen.

Und das ist auch gut und richtig so!

Aber:

Sollten wir wirklich einmal in das finanzielle Zwangskorsett des Haushaltssicherungskonzeptes geraten, dann sind es diese Mittel, welche die zuständige Behörde (im Moment der Kreis Steinfurt - aber wer weiß wie der Kreis diese Aufgabe stemmen soll - denn wenn wir ins Haushaltssicherungskonzept gehen, werden sicherlich 75 % der Kommunen des Kreises dort schon „verwaltet“ werden) dann direkt und ohne viel Aufhebens kürzen wird.

Freiwillige Aufgaben eben.

Das möchte ich nicht. Das möchte der Rat nicht. Das möchte niemand.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen werde ich eine Liste mit allen freiwilligen Leistungen und Kosten zusammenstellen, damit wir politisch einmal darüber sprechen und wir alle sensibilisiert werden.

Eine Schreckensliste, die wir dann aber hoffentlich wieder in den Giftschrank zurücklegen können.

Was können wir also tun?

Wir haben drei Einnahmequellen

- Grundsteuer A
- Grundsteuer B
- Gewerbesteuer

An allen drei Schrauben müssten wir drehen, kräftig sogar.

Wir haben uns in der Verwaltung sehr lange und sehr intensiv ausgetauscht.

Und sind zu einem Vorschlag gekommen, der den Rat sicherlich überraschen wird!

Wir schlagen vor, keine der drei genannten Steuern zu erhöhen!

Dieser Haushalt ist aus den vorgenannten Gründen in einem Maße defizitär, dass wir unsere gesamte Ausgleichsrücklage aufbrauchen werden.

Da möchten wir dann auch Unternehmern, Bürgerinnen und Bürgern eine Atempause gönnen und dafür „belohnen“, dass sie uns die Gelegenheit gegeben haben, diese 3,9 Mio. überhaupt in die Rücklage packen zu können.

2027 werde ich dann aber eine klare Erhöhung aller drei Steuern vorschlagen müssen, wenn sich die Situation nicht grundsätzlich ändert.

Selbstverständlich wird das Thema Erhöhung der Steuern aber auch Thema dieser Haushaltsberatungen sein.

Sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder,

Ich wünsche uns für die Entscheidungen, für die wir Verantwortung tragen, eine gute Hand.

Für die Beratung in den Fraktionen, in den Ausschüssen und im Rat stehen Ihnen die Kämmerin, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und natürlich auch ich, wie immer sehr gerne zur Verfügung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ladbergen, den 18. Dezember 2025



Torsten Buller
Bürgermeister